

## Frage des Tages

### Hält der Landrat zu Recht an einer Spital-Fusion fest?

Die FDP wollte die geplante Spital-Fusion mit Basel-Stadt stoppen und setzte ohne Erfolg auf Privatisierung. [www.baz.ch](http://www.baz.ch)

Das Ergebnis der Frage von gestern: **Begrüssen Sie die Idee einer «Uni-Schweiz»?**



# Angriff auf die Spitalfusion scheiterte

Landrat liess FDP mit Privatisierungsplänen auflaufen und erhöht so den Druck auf Basel

Von Joël Hoffmann

**Liestal.** Die Baselbieter Freisinnigen sind gestern bei der dreistündigen Grundsatzdebatte im Landrat mit ihrem Ansinnen am Ende deutlich unterlegen, das grösste und weitreichendste Projekt von Gesundheitsdirektor Thomas Weber (SVP) zu versenken. Weber hat in den letzten drei Jahren zusammen mit seinem Basler Kollegen Lukas Engelberger (CVP) die Fusion von Kantonsspital Baselland (KSBL) mit dem Unispital Basel aufgegleist und gleichzeitig die Grundlage für eine gemeinsame Gesundheitsplanung gelegt. Ihr Ziel ist eine optimale Gesundheitsversorgung, die Sicherung der Hochspezialisierten Medizin und eine Dämpfung des Kostenanstiegs im Gesundheitswesen.

Im Februar kommen die Staatsverträge in den Landrat und in den Grossen Rat. Doch weil im Baselbiet bis gestern auch noch Vorstösse offen waren, die eine Teilprivatisierung für den Standort Bruderholz und für Laufen forderten, beschloss Weber, die Abschreibung dieser Vorstösse als Anlass für eine Grundsatzdiskussion zu nutzen. Davon erhoffte sich Weber zwei Dinge: Erstens zeigt das Baselbiet bereits Flagge für das partnerschaftliche Projekt und schiebt den Ball damit den Baslern zu, die folglich die Verantwortung übernehmen müssten für ein allfälliges Scheitern des Grossprojekts.



## Landrat

Berichterstattung aus dem Baselbieter Parlament

Die Debatte drehte sich letztlich um die Frage: Soll die Option «Verkauf des KSBL» bei einem allfälligen Scheitern der Fusion weiterhin möglich sein, oder soll die Zusammenführung der beiden Spitäler vorerst gestoppt und ein Verkauf der staatlichen Institutionen vertiefter angegangen werden? Die FDP jedenfalls warf bereits vor der Landrats-Sitzung den ersten Stein mit der öffentlichen Ankündigung, die Spitalgruppe abzulehnen.

Die Ziele des Regierungsrates liessen sich auch ohne Fusion erreichen, behaupten die Freisinnigen. So würden nämlich die Nachteile einer Fusion den Nutzen überragen: Wettbewerbsverzerrung, weniger Mitsprache oder



**Auf Konfrontation.** Regierungsrat Thomas Weber (rechts) gegen FDP-Fraktionssprecher Sven Inäbnit (Bild links). Fotos Plus

enorm hohe Kosten für Stimmenparität sowie keinen Nutzen für den Erhalt der Spitzenmedizin.

Diese Haltung der FDP ist indes nicht neu, haben die Freisinnigen doch schon in der Vernehmlassung grundsätzliche Skepsis geäussert.

Überraschend war hingegen die Haltung der CVP, die zwischenzeitlich von einer grundsätzlichen Zustimmung bei der Vernehmlassung im Landrat gestern zu einer grundsätzlichen Ablehnung umschwenkte, um letztlich bei der Abstimmung doch nicht für die Privatisierung zu sein. Zugespielt könnte man diese Haltung als «dafür-dagegen» bezeichnen, was in der Tat für Verwirrung im Rat sorgte.

## Wütende CVP

Marc Scherrer (CVP), der mit Abstand für die flammendsten Wortmeldungen verantwortlich war, musste die Haltung seiner Partei mehrmals erklären: Der Laufentaler, der in einem gestern schliesslich abgeschriebenen Postulat die Privatisierung des Standortes Bruderholz forderte, ist erbost, dass die Grundsatzdebatte nicht früher



stattgefunden hat, dass erst jetzt debattiert wird, obwohl das Projekt eigentlich schon fix ist. Er sprach von einer «Scheindebatte».

Die CVP wollte die Privatisierung besser geprüft haben, stimmte aber am Ende gegen die FDP, die genau das wollte.

Während der drei Stunden hat vor allem die freisinnige Fraktion versucht, die anderen Parteien umzustimmen. Die Parteigrössen, von Sven Inäbnit über Wirtschaftskammer-Direktor Christoph Buser bis zu Parteipräsident Paul Hofer, legten sich gegen Weber ins Zeug. Doch die Argumente für eine Privatisierung waren ordnungspolitischer Natur, also ideologischer Art, und für den Rat nicht überzeugend.

Die SVP von Regierungsrat Thomas Weber stärkte ihrem Magistraten ohne Wenn und Aber den Rücken, obwohl am Ende vereinzelte Landräte der SVP gegen die Spitalfusion stimmten. Doch Weber, der sich in der Vergangenheit gegen die Skepsis der Partei-Elite durchsetzen musste, hat seine Fraktion also fest im Griff, respektive überzeugt. Hanspeter Weibel äusserte sich, wie man es sich sonst eher von Sozialdemo-

## Kommentar

# Bürgerliche Versäumnisse

Von Joël Hoffmann



Die Gegner der Spitalfusion im Baselbiet standen auf verlorenem Posten. Die FDP legte sich zwar mächtig für einen Marschhalt bei

der Spitalfusion ins Zeug, doch die Ratsmehrheit ist nicht bereit, Zeit verstreichen zu lassen, um eine Privatisierung prüfen, die vor dem Volk keine Chance hätte. Aber die Freisinnigen und CVP-Landrat Marc Scherrer haben dennoch ihren Frust abgelenkt. Die Grundsatzdebatte komme zu spät, der Regierungsrat hätte diese früher ansetzen müssen, damit eine Privatisierung wirklich seriös hätte geprüft werden können. Es sei eine Farce, dass Gesundheitsdirektor Thomas Weber erst jetzt, als die Gesundheitsvorlagen bereits detailliert erarbeitet wurden, noch pro forma eine Debatte ansetze.

Hinter dem Scham vor dem Mund dieser Landräte steckt wohl der Ärger über ihre eigenen Versäumnisse:

Während die Laufentaler oder die Initianten des Bruderholzspitals sich bereits früh für ihre Interessen starkmachten, haben die meisten Landräte das Thema, wohl wegen der Komplexität, verschlafen. Erst seit einigen Monaten befassen sie sich seriös mit der Thematik und sind nun erschrocken. Daran ist nicht Weber schuld, sondern die Empörten selber. Die Freisinnigen können nun ausgerechnet auf ihre traditionellen Gegenspieler hoffen: die Basler SP. Die Genossen, die seltsamerweise die Spitalfusion ablehnen, weil darunter die Privatspitäler leiden würden. Wenn die Baselbieter FDP nun noch weiterhin die Basler mit der Uni provoziert, sinkt die Sympathie fürs Baselbiet und die Fusion weiter.

joel.hoffmann@baz.ch

# SRG investiert 22 Millionen Franken im Meret-Oppenheim-Bau

Annahme der «No Billag»-Initiative würde Standort Basel bedrohen – SRG hat mit dem Innenausbau der neuen Räume begonnen

Von Franziska Laur

**Basel.** Gut gelaunt bestieg Niklaus Ullrich, Präsident der Genossenschaft SRG Region Basel, am Mittwochabend die Bühne im Saal des Union. Gut gelaunt führte er vor 163 Anwesenden durch die ausserordentliche Generalversammlung, die zwei wichtige Verträge abzusegnen hatte. Einerseits musste der Baurechtsvertrag zwischen der SRG Region Basel und der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG SSR) für das Grundstück auf dem Bruderholz gekündigt werden. Besitzerin des 8300 Quadratmeter grossen Geländes ist die SRG SSR. Baurechtsnehmerin, also Besitzerin der Liegenschaft, ist die SRG Region Basel. Zum Zweiten ging es an diesem Abend darum, die Vereinbarung zwischen der SRG Region Basel und dem Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) abzusegnen. Wichtige Entscheide also. Dementsprechend rege wurde debattiert.

## Kaffeebar und Hörspielstudio

Kurz zur Vorgeschichte: Die SRG konnte im Jahr 1949 den Boden auf dem Bruderholz für, aus heutiger Sicht, läppische 240 000 Franken kaufen. Diesen Boden gab sie im Baurecht an die SRG Region Basel ab, die baute, erweiterte und heute in einem renovationsbe-

dürftigen und grossen Gebäude sitzt. Kommt hinzu, dass der Standort für die Mitarbeiter schlecht erreichbar ist.

So entschloss man sich, dort wegzuziehen und das Grundstück in der Grösse von 8300 Quadratmetern zu verkaufen. Die SRG hofft, dafür 22 Millionen Franken zu lösen. Als Alternative bot sich das Meret-Oppenheim-Hochhaus beim Bahnhof an, das derzeit im Bau ist. Der Rohbau ist schon hochgezogen, das Haus gehört den Schweizerischen Bundesbahnen. Allerdings muss die SRG Region Basel rund 22 Millionen Franken für den Innenausbau berappen und jährlich rund zwei Millionen Franken für die Miete bezahlen. Ernst wurde Niklaus Ullrich, als er auf die «No Billag»-Abstimmung vom 4. März zu sprechen kam. Klar sei, dass bei einer Annahme der Initiative der Standort Basel aufgegeben werden müsse.

Und dies dürfte auch finanzielle Folgen haben. Denn wie an der Generalversammlung bekannt wurde, ist mit dem Innenausbau schon begonnen worden. Ausserdem hat die SRG Region Basel mit den SBB schon einen Vertrag abgeschlossen, aus dem sie wohl nicht so einfach aussteigen könnte. Ein «No Billag»-Ja hätte also für die SRG, jedoch auch für die Region Folgen.

Die Pläne im neuen Meret-Oppenheim-Hochhaus sind ambitioniert: Die



**Ideale Lage.** Im Meret-Oppenheim-Hochhaus will die SRG auf vier Stockwerken zahlreiche Radio- und Fernsehsendungen produzieren. Foto Dominik Plus

SRG wird sich auf vier Geschossen und insgesamt 8000 Quadratmetern einrichten. Im ersten Stock soll es einen Nachrichtenraum für Radio, Fernsehen und Online geben. Im zweiten Obergeschoss wäre das Radio beheimatet. Im dritten Obergeschoss ist der Fernsehstock geplant, wo unter anderem die Redaktionen von «Kulturplatz», «Einstein»

und «Netz Natur» untergebracht sind.

Im Erdgeschoss soll das Publikum eingebunden werden. Dort ist ein Auditorium mit Platz für rund hundert Gäste geplant. Es können dort Anlässe stattfinden oder Sendungen mit Publikum für Radio und Fernsehen wie der «Literaturclub» aufgezeichnet werden. Eine ebenfalls öffentlich zugängliche Kaffee-

bar und ein Hörspielstudio sind im Erdgeschoss geplant. Auch eine personale Aufstockung ist vorgesehen. Am neuen Ort sollen nicht mehr wie heute auf dem Bruderholz 170 Personen, sondern rund 330 Leute arbeiten.

## Wohnbauten auf der Bauparzelle

Klar wurde an der Versammlung auch, dass den Genossenschaftlern am Herzen liegt, was mit den 8350 Quadratmetern Land auf dem Bruderholz geschehen wird. Dieses soll in eine Wohnzone umgezogen werden. Danach steht einer Überbauung nichts mehr im Weg. Warum man denn das Gelände überhaupt verkaufen müsse, war eine der Fragen. SRF sei keine Liegenschafts- oder Baugenossenschaft, stellte Ullrich klar. Wenn man es schon verkaufe, so solle die SRG Region Basel zumindest Einfluss nehmen, damit das Land nicht einem Baulöwen in die Hände gerate, sondern einer Wohnbaugenossenschaft zukomme, sagte eine Frau. Er habe den Wunsch gehört, sagte Ullrich diplomatisch, ohne sich näher festzulegen.

Der wichtigste Schritt werde jetzt sein, einen Sieg der «No Billag»-Initiative zu verhindern. Da habe man 120 Leute für ein Abstimmungskomitee gewinnen können, so Ullrich. Die Kampagne gegen die Initiative solle jetzt mit Volldampf vorangetrieben werden.